

BR/GT I/40 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 10. April 1970

BR/GT I/40/70

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS

UEBER EIN

EUROPÄISCHES PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

GRUNDLAGEN DER FINANZPLANUNG

FUER DAS EUROPÄISCHE PATENTAMT

EMPFEHLUNGEN DER ARBEITSGRUPPE I AN DIE ARBEITSGRUPPE IV
AUSGEARBEITET IN DER SITZUNG VOM 1. BIS 3. APRIL 1970
IN LUXEMBURG

BR/GT I/40 d/70 bm

VORBEMERKUNG

Die nachstehenden Empfehlungen sind von der Arbeitsgruppe I anhand einer von ihrem Vorsitzenden vorgelegten Studie ausgearbeitet worden. Diese Studie nebst Anlagen, die zunächst in drei getrennten Teilen verteilt worden war, erscheint nunmehr erneut unter dem Aktenzeichen BR/GT I/39/70. Die Arbeitsgruppe I hat beschlossen, dass das neue Dokument sowie die nachstehenden Empfehlungen der Arbeitsgruppe IV vorgelegt werden sollen. Ferner werden in der Anlage zu den Empfehlungen die Änderungen wiedergegeben, die die Arbeitsgruppe I an dem Anhang 2 zur Studie (Errechnung des Bedarfs an Prüfern) vorgenommen hat.

- 1 -

I. 1. Voraussichtlicher Eingang von Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt

Es wird davon ausgegangen, dass das Europäische Patentamt seine Tätigkeit 1975 in allen Bereichen der Technik aufnimmt und dass - wie vorgesehen - weiterhin nationale Patente im Rahmen nationaler Verfahren erteilt werden können. Nach Ansicht der Arbeitsgruppe I könnte dann im Jahre 1975 unter Berücksichtigung der zu einer vorsichtigen Schätzung führenden "Drei-Staaten-Theorie" mit

40.000 Anmeldungen

gerechnet werden. Diese Zahl bildet nach Auffassung der Arbeitsgruppe ein Minimum.

2. Anzahl der Prüfer, die für die Prüfung der Patentanmeldungen erforderlich sind

A. a) Nach Ansicht der Arbeitsgruppe I ist für den Fall, dass der Antrag auf Prüfung binnen 7 Jahren nach Einreichung der Anmeldung gestellt werden kann, damit zu rechnen, dass von 100 Anmeldungen

- für 52 Anmeldungen ein Prüfungsantrag gestellt wird und
- für 10 ein Einspruchsverfahren durchzuführen ist.

b) Falls die unter Buchstabe a genannte Frist 2 Jahre betrüge, würde von 100 Anmeldungen

- für 72 Anmeldungen ein Prüfungsantrag gestellt werden und
- für 14 ein Einspruchsverfahren durchzuführen sein.

B. Unter Berücksichtigung der Arbeitszeit, die für die einzelnen Arbeitsvorgänge des Erteilungsverfahrens erforderlich ist, ergäben sich folgende Prüferzahlen:

- Annahme gemäss A. a : 390 Prüfer
- Annahme gemäss A. b : 534 Prüfer.

Diese beiden Zahlen wurden in der Weise errechnet, dass die in der Anlage 2 Blatt 3 - in der geänderten Fassung - enthaltenen Zahlen um 7 % erhöht wurden, um eine genauere Schätzung sicherzustellen.

II. Gesamtpersonalbestand des Europäischen Patentamts und dessen Aufteilung nach Laufbahngruppen

1. Für den Fall einer aufgeschobenen Prüfung von 7 Jahren würde der Personalbestand des Europäischen Patentamts 1.320 Bedienstete betragen, der sich entsprechend der Anlage 3 wie folgt aufteilt:

562 Beamte der Laufbahngruppe A
142 Beamte der Laufbahngruppe B
475 Beamte der Laufbahngruppe C
141 Beamte der Laufbahngruppe D.

2. Für den Fall einer aufgeschobenen Prüfung von 2 Jahren sollte der Gesamtpersonalbestand des Europäischen Patentamtes und dessen Aufteilung von der Arbeitsgruppe IV festgelegt werden. Dabei wären die in Anlage 3 enthaltenen Angaben zu berücksichtigen und es sollte davon ausgegangen werden, dass als zusätzliches Prüfungspersonal 144 Prüfer in Betracht kommen.

III. Ausgaben für Veröffentlichungen des Europäischen Patentamts

Die Arbeitsgruppe IV sollte berücksichtigen,

1. dass die Ausgaben für den Druck der Offenlegungs- und Patentschriften voll und ganz durch die Veröffentlichungsgebühren und den Verkauf dieser Schriften gedeckt werden,
2. dass die Ausgaben für die Herausgabe des Amtsblatts und des Europäischen Patentblattes voll und ganz durch den Erlöss aus dem Verkauf dieser Veröffentlichungen gedeckt werden.

IV. Verfahrens- und Jahresgebühren

1. Die Arbeitsgruppe IV sollte - ausgehend von einer aufgeschobenen Prüfung von 2 Jahren - Tabellen ausarbeiten, die denen der Anlagen 14, 17 und 18 entsprechen.
2. Hinsichtlich der Jahresgebühren sollte die Arbeitsgruppe IV bei ihren Schätzungen die Angaben der Anlage 16 als Grundlage heranziehen und eine Staffelung bis zum 10. Jahr vorsehen. Die Frage, ob die Jahresgebühren vom 11. Jahr an weiter gestaffelt werden oder unverändert bleiben, wird offengelassen. Es erscheint derzeit nicht zweckmässig, die Einnahmen aus Gebühren nach dem 10. Jahr zu schätzen, da sie nicht ins Gewicht fallen. Die Arbeitsgruppe IV wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Angaben der Anlagen 17 und 18 auch Zusatzpatentanmeldungen enthalten, für die keine Jahresgebühren zu entrichten sind.

V. Benennungsgebühren

1. Die Arbeitsgruppe IV sollte von folgenden Grundsätzen ausgehen:
 - Die Benennungsgebühren bilden unmittelbare Einnahmen des Europäischen Patentamts.
 - Die Benennungsgebühr beträgt 12 \$ je benannter Staat (entspricht dem im PCT-Plan vorgesehenen Betrag); hinsichtlich der Mitgliedstaaten der EWG bleibt die Frage offen, ob aufgrund des zweiten Uebereinkommens eine einzige oder sechs Benennungsgebühren erhoben werden.

Im Interesse der Vereinfachung braucht die Arbeitsgruppe IV die etwaigen Auswirkungen der Benennungsgebühren, die gemäss den Bestimmungen des PCT-Plans erhoben werden, nicht zu berücksichtigen.

2. Die Arbeitsgruppe IV wird ersucht, bei der Schätzung der Höhe der Einnahmen aus den Benennungsgebühren - anhand der Angaben der Anlage 23 - davon auszugehen, dass unter der Voraussetzung, dass die Mitgliedstaaten der EWG als einziger benannter Staat gelten, in europäischen Patentanmeldungen durchschnittlich 3 Staaten benannt werden. Sollte man später zu der Auffassung gelangen, dass die Benennungsgebühren für jeden der sechs Staaten zu erheben sind, so wäre die durchschnittliche Benennungszahl nicht 3, sondern 7,6. Auch für diesen Fall könnte die Arbeitsgruppe IV die finanziellen Auswirkungen abschätzen.

VI. Eröffnung des Europäischen Patentamts

Die Arbeitsgruppe IV sollte unter Berücksichtigung der beiden folgenden Fälle die Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts prüfen:

- sofortige volle Eröffnung des Europäischen Patentamts für alle Bereiche der Technik (Anlage 20),
- stufenweiser Aufbau des Europäischen Patentamts nach Anlage 21.

VII. Teilweise Finanzierung des Europäischen Patentamts durch Abführung eines Teils der von den nationalen Patentämtern erhobenen Jahresgebühren

Die Arbeitsgruppe IV sollte insbesondere prüfen:

- das in Anlage 25 vorgesehene System, nach dem ein Anteil von 75 % der von den nationalen Patentämtern für europäische Patente erhobenen Jahresgebühren an das Europäische Patentamt abgeführt wird; für den von jedem Staat abzuführenden Betrag müsste eine Mindesthöhe festgesetzt werden, und zwar auch dann, wenn in diesem Staat die Jahresgebühren wegfallen;
- ein System, wonach für die Jahresgebühren ein Pauschalbetrag an das Europäische Patentamt abzuführen wäre, dessen Höhe für jedes Jahr der Dauer des Patents für die einzelnen Staaten nach noch zu bestimmenden Kriterien festgesetzt wird.

VIII. Gebühr für den Bericht über den Stand der Technik

Die Arbeitsgruppe IV sollte die Frage prüfen, wie und ob erreicht werden könnte, dass die Höhe der Gebühr für den Bericht über den Stand der Technik niedriger als der vom Internationalen Patentinstitut berechnete Preis für die Erstellung dieses Berichts ist. Dieses Ergebnis könnte in der Weise erzielt werden, dass folgende Beträge erhöht werden:

- entweder die vor Erteilung des europäischen Patents erhobenen Gebühren
- oder die Zahlungen, die die nationalen Patentämter im Rahmen der Jahresgebühren für die erteilten Patente zu entrichten haben.

Es könnte gegebenenfalls in Aussicht genommen werden, dass diese beiden Möglichkeiten kombiniert werden.

IX. Ermittlung eines Aufteilungsschlüssels für die Vorauszahlungen der Staaten und deren Rückzahlung

Die Arbeitsgruppe IV sollte keinen Aufteilungsschlüssel in Betracht ziehen, der ausschliesslich die relative Bedeutung der Tätigkeit der Staaten im Bereich des Patentwesens berücksichtigt.

Der Arbeitsgruppe IV wird vorgeschlagen, einen Aufteilungsschlüssel zu ermitteln, der von der Gesamtzahl der Patentanmeldungen ausgeht die in jedem Staat im zweiten Jahr vor dem Jahr der Eröffnung des Europäischen Patentamts eingereicht werden (in Anlage 23 Spalte 6 vorgesehenes System); eine Änderung dieses Schlüssels wäre nicht möglich.

X. Allgemeine Empfehlung

Unbeschadet der vorstehenden Ausführungen sollte die Arbeitsgruppe IV ganz allgemein alle Dokumente und deren Anlagen in Betracht ziehen die ihr unterbreitet werden.

Es wäre wünschenswert, dass die Arbeitsgruppe IV in bezug auf einige Anlagen, die nur den Fall einer aufgeschobenen Prüfung von 7 Jahren betreffen, die finanziellen Auswirkungen prüft, die eine aufgeschobene Prüfung von 2 Jahren hätte.

Auf Grund des Vorentwurfs von 1962

Auf Grund des Vorentwurfs von 1970

I. führen von 100 Patentanmeldungen

bei aufgeschobener Prüfung mit
einer Antragsfrist von 7 Jahrenbei aufgeschobener Prüfung mit
einer Antragsfrist von 2 Jahren

80 zu einem vorläufigen europäischen Patent;
gem. Bericht von 1963 (S.12 unten)
entfallen hiervon 35%, ohne daß
es zur Stellung eines Antrags auf
Prüfung kommt;
infolge der aufgeschobenen Prüfung
tritt also ein Ausfall von 28 An-
meldungen ein; es führen

80 Anmeldungen soweit, daß sie weder
bei der Offensichtlichkeitsprü-
fung zurückgenommen oder zurück-
gewiesen, noch infolge eines un-
günstigen Berichts über den Stand
der Technik aufgegeben werden;
infolge einer Antragsfrist etwa
gleicher Dauer wie 1962 tritt
ebenfalls ein Ausfall von 28 An-
meldungen ein; es führen

80 Anmeldungen wie nebenstehend;
infolge einer erheblich kürzeren
Antragsfrist als 1962 entfallen
nur 10 %, ohne dass es zur Stel-
lung eines Prüfungsantrages
kommt;
der Ausfall verringert sich
auf 8 Anmeldungen, es führen

52 zur Stellung eines Antrags auf
Prüfung;
17 werden in einem Prüfungsver-
fahren unter Beteiligung Dritter
ausgeschieden; es führen

52 zur Stellung eines Antrags auf
Prüfung;
12 werden in einem Prüfungsver-
fahren ohne Beteiligung Dritter
ausgeschieden; es führen

72 zur Stellung eines Antrags auf
Prüfung;
17 werden ausgeschieden; es
führen

40 zur Erteilung eines europäischen
Patents; davon führen

55 zur Erteilung eines europäischen
Patents; davon führen

10 zu einem Einspruchsverfahren;
5 werden ausgeschieden; es
führen

14 zu einem Einspruchsverfahren;
7 werden ausgeschieden; es
führen

35 zu einem endgültigen europä-
ischen Patent.

35 endgültig zu einem europäischen
Patent.

48 endgültig zu einem europäischen
Patent.

II. Daraus ergibt sich, gerechnet auf 100 Anmeldungen,
folgender Arbeitsanfall

ANLAGE:
geänderte Anlage 2 Blatt 2
zu Dok. BR/GT I/39/70

Vorentwurf 1962

Vorentwurf 1970

7 Jahre

2 Jahre

- 1.) 100 Offensichtlichkeitsprüfungen
- 2.) 52 Neuheitsprüfungen

- 1.) 100 Offensichtlichkeitsprüfungen
- 2.) 52 Neuheitsprüfungen
- 3.) 10 Einspruchsprüfungen

- 1.) 100 Offensichtlichkeitsprüfungen
- 2.) 72 Neuheitsprüfungen
- 3.) 14 Einspruchsprüfungen

Für diese Arbeitsvorfälle werden an Prüferarbeitszeit
benötigt pro Arbeitsvorgang

gem. Bericht von 1963 (S.17):

aufgrund neuer Schätzungen:

- 1.) 0,5 Prüferarbeitstage für eine
Offensichtlichkeitsprüfung
- 2.) 3,0 Prüferarbeitstage für eine
Neuheitsprüfung

davon

- 2,3 Tage des 1. Berichterstatters
- 0,7 Tage des 2. Berichterstatters

- 1.) 0,1 Prüferarbeitstage für eine Offensichtlichkeitsprüfung
 - 2.) 2,7 Prüferarbeitstage für eine Neuheitsprüfung
- für alle beteiligten Prüfer zusammen

- 3.) 5 Prüferarbeitstage für eine Einspruchsprüfung
- für alle beteiligten Prüfer zusammen

BR/GT I/40/70 (Anlage)

Vorentwurf 1962		Vorentwurf 1970	
		7 Jahre	2 Jahre
1.) 100 x 0,5 = 50 Tage		1.) 100 x 0,1 = 10 Tage	1.) 100 x 0,1 = 10 Tage
2.) 52 x 3 = 156 Tage		2.) 52 x 2,7 = 140,4 Tage	2.) 72 x 2,7 = 194,4 Tage
		3.) 10 x 5 = 50 Tage	3.) 14 x 5 = 70 Tage
100 Anmeldungen erfordern	206 Prüferarbeitstage	200,4 Prüferarbeitstage	274,4 Prüferarbeitstage
daraus ergibt sich bei einer Zugrundelegung von 220 Arbeitstagen pro Prüfer und Jahr auf 100 Anmeldungen ein Bedarf von etwa			
0,94 Prüfern		0,91 Prüfern	1,25 Prüfern
dies entspricht einer Erledigungsziffer pro Prüfer von			
106,80 Anmeldungen		109,89 Anmeldungen	80 Anmeldungen
bei 40 000 Anmeldungen werden benötigt			
375 Prüfer		364 Prüfer	499 Prüfer
aufgerundet um etwa 7 % ergibt			
400 Prüfer		390 Prüfer	534 Prüfer

